Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die politische Zukunft der amerikanischen Staatenwelt

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Visual Library



Die politische Zukunft der amerikanischen Staatenwelt

Unser Zwischenfall mit Venezuela hat die ominöse Monroedoktrin wieder in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gerückt, nachdem wir über den langwierigen Zolltarifverhandlungen ganz vergessen zu haben schienen, daß außer uns noch andre Menschen auf dieser jetzt fast zu klein gewordnen Erde wohnen. Die Weltgeschichte hat aber doch nur zu oft gezeigt, daß sich nichts bittrer rächt, als wenn ein Staat vor drohenden Gefahren die Augen verschließt, anstatt beizeiten Vorkehrungen zu treffen, das unabwendbar Scheinende zu bekämpfen. Daß aber die Monroedoktrin die größte Gefährdung unsrer Weltpolitik in sich schließt, wer will das heute noch bestreiten? Daß die in ihrer Mehrzahl anglo-saxonischen und protestantischen Nordamerikaner über die lateinischen und ganz katholischen Republiken des gesamten übrigen Amerikas eine natürliche Vormundschaft beanspruchen, die jede europäische Beteiligung ausschließt, mag nach allen Rechtsbegriffen utopisch erscheinen, aber in der Welt der Tatsachen ist diese jedes Rechtstitels entbehrende Machtfrage nun einmal vorhanden, und selbst das schöne Haager Schiedsgericht kann nichts mehr daran ändern. Uns wird also in absehbarer Zeit nichts andres übrig bleiben, als uns entweder bescheiden zurückzuziehn und auf jede Kolonialpolitik in Amerika für immer Verzicht zu leisten, oder durch eine bewußt geführte Politik, die den Krieg wenn irgend möglich zu vermeiden sucht, aber nicht vor ihm zurückschreckt, die Vereinigten Staaten von Amerika zu zwingen, daß sie die Monroedoktrin nur auf einen Teil ihres Kontinents anwenden und uns nichts in den Weg legen, um den andern Teil so in unsre Interessensphäre zu ziehn, wie es uns nützlich und notwendig erscheint.

Ich glaube, man kommt am leichtesten dazu, sich ein klares Bild von der möglichen Entwicklung der amerikanischen Staaten zu machen, wenn man zunächst annimmt, daß sich Europa tatsächlich hinfort aller Einmischung enthalten und der Union ganz die amerikanische Welt überlassen wollte.

Die Nordamerikaner werden die ihnen geographisch am nächsten liegenden Länder mit der langsam aber sicher wirkenden Macht einer Naturkraft mit ihrem Staate vereinigen, ohne daß deswegen irgendwelche Verwicklungen mit

Europa zu befürchten wären. Seitdem England törichterweise auf die ihm durch den Clayton-Bulwer-Vertrag eingeräumten Rechte verzichtet hat, kann es nur eine Frage der Zeit sein, daß sich die Vereinigten Staaten von Amerika bis zu dem jetzt wohl gesicherten Panamakanal ausdehnen. Das verlangen auch die allergemäßigtsten Yankees, die die Erwerbung der Philippinen für ein nationales Unglück ansehen und jede Ausdehnung der Herrschaft auf Südamerika verwerfen. Die ständigen Revolutionen und Bruderkriege in Zentralamerika, bei denen der amerikanische Dollar eine große Rolle hinter den Kulissen spielt, bereiten das Terrain für eine nordamerikanische Aktion in erwünschter Weise vor. Die Beute kann eingeheimst werden, sobald sich nur ein Vorwand dafür findet, und der ist so leicht gefunden wie bei dem Wolf und dem Schaf in der Fabel. Mexiko wird nicht so ohne weiters überzuschlucken sein, denn es ist jetzt, dank der weisen Regierung seines greisen Präsidenten Porfirio Diaz, ein moderner und gut situierter Staat geworden, aber mit dem Aufschwung des Landes ist auch die wirtschaftliche Eroberung durch die Yankees Hand in Hand gegangen. Über eine halbe Milliarde Dollars nordamerikanischen Kapitals ist in Mexiko angelegt. Sollten also diese Werte irgendwie, z. B. durch innere Unruhen, nach dem Tode Porfirios gefährdet werden, so ist mit Sicherheit anzunehmen, daß das Land annektiert wird. Ein Kampf zur Erhaltung der Unabhängigkeit würde nicht mehr Aussicht auf Erfolg haben als der Transvaalkrieg. Kenner des Landes halten aber eine solche Eventualität für ganz ausgeschlossen, und vielmehr eine früher oder später erfolgende friedliche Angliederung Mexikos an den nördlichen Koloß für eine ausgemachte Sache.

Wenden wir uns also zu Südamerika, um zu ergründen, welche Chancen sich dort für den nordamerikanischen Imperialismus bieten. Es ist klar, daß keiner der dortigen Staaten allein etwas gegen die Vereinigten Staaten von Amerika ausrichten kann. Nur eine Allianz aller oder einiger Staaten würde vielleicht imstande sein, die nordamerikanischen Ansprüche erfolgreich zu bekämpfen. In der Tat sind ja auch wiederholt solche Projekte erörtert worden, so noch jüngst ein angeblich abgeschloßner Defensivvertrag Chiles mit Ecuador und Kolumbien, der von der Londoner „Sun" sogar im Text veröffentlicht worden ist. Auch die jetzt wider alles Erwarten erfolgte Aussöhnung Chiles und Argentiniens könnte als erster Schritt zu einer Allianz gedeutet werden, bei der als drittes Bundesglied Brasilien auftreten würde, da ja dieses mit Chile jederzeit die vortrefflichsten Beziehungen unterhalten und mit Argentinien sogar schon einmal Seite an Seite gefochten hat.

Alle diese Kombinationen erscheinen aber nur möglich am grünen Tisch des in völkerrechtlichen Kombinationen schwärmenden Stubengelehrten und zerfließen in ein Nichts vor der grauen Wirklichkeit der tatsächlichen Verhältnisse. Dauernde Allianzen zwischen Staaten sind nur denkbar, wenn ihre Lebensinteressen gleich oder doch wenigstens ähnlich sind. Das ist aber in Südamerika nicht der Fall. Es gibt dort nicht zwei Länder, die dieselben Interessen hätten. Schon ein Blick auf die Karte genügt, daß man sieht, wie wenig Argentinien davon berührt werden würde, wenn Kolumbien oder Ecuador ihre

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Unabhängigkeit verlieren, und wie schwer es für Chile sein würde, den Staat Amazonas gegen nordamerikanische Übergriffe zu schützen. Auch die wirtschaftlichen Kräfte sind so verschieden, daß kaum eine Einigung darüber zu erlangen sein würde, wie die Kostenverteilung im Kriegsfalle erfolgen sollte. Venezuela und Brasilien haben die reichsten Naturschätze, aber weniger Geld und Kredit als das an sich arme Chile. Fast überall verhindert eine durch Negerblut verdorbne Rasse ein kräftiges Aufblühen der Nationen. Wo ein solches, wie in Argentinien, scheinbar doch erfolgt, tragen Ausländer, die alle wirtschaftlichen Kräfte des Landes unter ihre Kontrolle gebracht haben, den ganzen Gewinn davon. Kein Wunder, daß die Bildung moderner Heere bei dem Mangel an Geld und gutem Menschenmaterial, mit einziger Ausnahme des rassenreinen und viele Jahre vernünftig regierten Chiles, in allen südamerikanischen Republiken unmöglich gewesen ist und bleiben wird. Man muß nur diese Negerhorden mit mehr Offizieren als Gemeinen gesehen haben, daß man ihre gänzliche Unbrauchbarkeit im Ernstfalle erkennt. Sie sind noch wertloser als die wilden Völkerstämme, mit denen die Engländer im Sudan zu kämpfen hatten, denn diese waren wenigstens von einem edeln Enthusiasmus beseelt, während der gleichgiltige latino-amerikanische Negersöldner für den Krieg unverwendbar und kaum als Polizist im Frieden brauchbar ist. Was soll es also für einen Nutzen haben, Allianzen zwischen Staaten zu schließen, die keine brauchbaren Heere haben und überdies so getrennt voneinander liegen, daß Monate darüber vergehn würden, ehe man seine Soldaten auf dem Kriegstheater vereinigen könnte? Strategische Eisenbahnen sind in Südamerika so gut wie nicht vorhanden, während die Nordamerikaner mit ihrer meerbeherrschenden Flotte ihre Streitkräfte an jeden beliebigen Punkt werfen könnten. Ist also eine gemeinsame Aktion Südamerikas gegen die Vereinigten Staaten von Amerika praktisch unausführbar, so kann von einer dauernden Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit der südamerikanischen Republiken keine Rede sein.

Kann also die zukünftige Gestaltung Südamerikas bei einer ganz ungestörten Einwirkung der Union kaum zweifelhaft sein, so drängt sich uns als logische Schlußfolgerung die Frage auf, ob das Deutsche Reich, das doch eine Weltmacht sein und immer mehr werden will, es wirklich verantworten könnte, als ruhiger Zuschauer mit anzusehen, wie eine amerikanische Republik nach der andern in politische und wirtschaftliche Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten von Amerika geriete, die dann erst ihren jetzt so anmaßend klingenden Namen mit vollem Rechte führen würden. Die Frage stellen heißt sie beantworten; denn daß eine gänzliche Ausschließung Deutschlands von ganz Amerika nicht nur den wirtschaftlichen, sondern auch den politischen Tod bedeuten würde, bedarf keines Beweises. Wir können und werden es also nicht dulden, daß während Asien von Tag zu Tag russischer wird und Afrika immer mehr unter britische Herrschaft kommt, wir auch von dem letzten Erdteil, der noch nicht aufgeteilt ist, ausgeschlossen werden. Daß die jetzt in Südamerika herrschenden Mischrassen dauernd diese weiten von der Natur mit verschwenderischer Fülle ausgestatteten Länderstrecken ihr eigen nennen werden, ist ausgeschlossen. Dazu sind die eines ungeahnten wirtschaftlichen Aufschwungs fähigen gewaltigen Ge-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

biete für die gesamte Menschheit viel zu wertvoll. Dem tragischen Fall des stolzen Spaniens wird der Untergang aller latino-amerikanischen Republiken, Brasilien nicht ausgeschlossen, mit Naturnotwendigkeit folgen, denn derselbe Geist, der den Verfall des Mutterlandes herbeigeführt hat, ist auch in ihnen tätig gewesen, und keine einzige von ihnen hat die nachfolgende Unabhängigkeit zu benutzen gewußt.

Die Konsequenz, die wir daraus zu ziehn haben, liegt also darin, daß wir entweder darauf verzichten, Großmacht zu bleiben, oder daß wir mit Anspannung aller Kräfte um eine Weltmachtstellung neben Rußland, neben der Union und England kämpfen. Aussicht auf Erfolg können wir aber nur dann haben, wenn wir dieselbe Sorgfalt, die wir einst auf die Schaffung unsers jetzt einzig in der Welt dastehenden Heeres verwandt haben, jetzt auf die stetige Vergrößerung unsrer Kriegsflotte verwenden. Wenn man uns aber mit der Höhe der dafür nötigen Summen ängstlich machen will, so sollte man doch bedenken, daß Preußen verhältnismäßig ganz andre Beträge hat aufwenden müssen, um Großmacht zu werden, und daß alles ausgegebne Geld doch schließlich unsrer einheimischen Industrie zugute kommt, also im Lande bleibt.

Ausschlaggebend aber ist, daß wir bei dem bevorstehenden Wettkampf mit England und der Union bei der Vergrößerung unsrer Kriegsflotten einen Hauptvorteil für uns haben, auf den bei der Erörterung dieser Frage viel zu wenig Wert gelegt zu werden pflegt. Das ist die Beschaffung der Mannschaften für die erweiterte Flotte. Schon in Friedenszeiten haben unsre beiden Rivalen große Schwierigkeiten, die notwendigen Leute für ihre Schiffe anzuwerben. Wie viel schwieriger wird es im Kriegsfall sein, die Bemannungen voll zu beschaffen, und wie bald wird bei Vermehrung der Schiffe der Fall eintreten, wo das überhaupt nicht mehr möglich sein wird. Wir dagegen haben für absehbare Zeit mehr Mannschaften für diese Zwecke als wir brauchen. Nicht umsonst ist Deutschland durch die Schule der allgemeinen Wehrpflicht gegangen, nicht umsonst ist der militärische Geist durch Generationen unserm Volk ins Blut geimpft und zu einem Bestandteil deutschen Wesens geworden. Wir tragen jetzt die Früchte davon, und niemand wagt es mehr, den deutschen Michel anzugreifen. Aber noch größerer Gewinn steht uns bevor, wenn wir, gestützt auf unsre Volkskraft, nicht aufhören, deutsche Kriegsschiffe mit deutschen Besatzungen unsrer kleinen Flotte hinzuzufügen. Gestützt auf diese Macht werden wir dann in friedlicher Weise unsre Interessen in Südamerika durchsetzen und dem deutschen Volke die Zukunft sichern können, die ihm gebührt.

Bei der Entwicklung unsrer kolonisatorischen Tätigkeit in Südamerika werden wir die Erfahrungen, die wir und andre Staaten auf diesem Gebiete gemacht haben, verwerten müssen. Vor allem muß eine Zersplitterung der Kräfte vermieden werden. Wir müssen uns von vornherein auf die drei Staaten Porto Alegre, Paraná und Santa Catharina beschränken. In Südbrasilien sind nach übereinstimmender Ansicht aller Sachverständigen die besten Bedingungen für das Gedeihn deutscher Ansiedler vorhanden, und die Deutschen, die sich dort niedergelassen haben, haben sich dort schon durch fünf Generationen deutsche Art und deutsches Wesen bewahrt. Die Errichtung deutscher

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Berufskonsulate in Curitiba, Desterro, Porto Alegre und Rio Grande do Sul liefert jedem Denkenden den Beweis, daß wir schon jetzt das Terrain vorbereiten wollen. Nach der Aufhebung des von der Heydtschen Reskripts war das auch entschieden die beste Maßregel, die wir für Erhaltung der deutschen Reichsangehörigkeit dort treffen konnten. Wie durch dieses verhängnisvolle Reskript die Auswanderung nach Brasilien verboten wurde, so müssen wir jetzt ein Gesetz erlassen, das die Auswanderung nach allen andern Ländern und die Verleitung dazu unter Strafe stellt. Sobald wir Südbrasilien in unsre Interessensphäre gezogen haben werden, können wir den Auswandrern ja auch absolute Garantien für ein gutes ungestörtes Fortkommen dort geben, zumal da dann auch eine freudigere Beteiligung des deutschen Privatkapitals zu erwarten steht. Hüten müssen wir uns davor, bureaukratische Einrichtungen in diese Länder zu tragen. Lassen wir ihnen soviel Selbstverwaltung wie irgend möglich. Geben wir ihnen Beamte, die dort aufgewachsen sind, organisieren wir ein Kolonialheer, wo jeder seine Wehrpflicht erfüllen kann, ohne hierzu nach Deutschland reisen zu müssen. Stellen wir sie in zollpolitischer Hinsicht so günstig, wie das die finanziellen Interessen des Reichs nur irgend erlauben. In wenig Jahren werden wir dann jenseits des Atlantischen Ozeans ein lebensfrisches deutsches Kolonialreich entstehn sehen, das vielleicht das beste und lebensfähigste Staatsgebilde sein wird, das die koloniale Begabung des alten Europas hervorgebracht hat.

Bewußtes und unbewußtes Streben im staatlichen Leben des Reichslandes

(Schluß)

Begegnet die völlige Einverleibung in Preußen dem Übelwollen des Bundesrats oder andern unwiderstehlichen Mächten, nun so bleibt es bei der tatsächlichen Personalunion mit Preußen. Der erwünschte Fortgang der Germanisation, die in Saarlouis und Umgegend schon in vierzig Jahren erreicht war, wird sich dann allerdings verlangsamen, aber verloren wird auch nichts, solange es bei der umsichtigen kaiserlichen Verwaltung Lothringens bleibt. Wenn im Bundesrat die drei elsässischen Freistaaten je eine und Preußen oder der Kaiser für Lothringen eine Stimme mehr erhielte, so würde damit eine wesentliche Änderung des Stimmenverhältnisses zwischen Groß- und Kleinstaaten wohl vermieden werden.

Nehmen sich nun die Elsässer die ihrem Stammescharakter entsprechende Entwicklung zu kleinern Freistaaten zum Ziel, so ist es selbstverständlich, daß das Deutsche Reich dem nur schrittweise, je nachdem die Elsässer zeigen, daß sie zu selbständiger staatlicher Tätigkeit in deutschem Sinn entschlossen sind,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG